

Grundschulen in der Corona-Pandemie

Stellungnahme des Grundschulverbands zum Wiedereinstieg in einen Regelbetrieb

Ob Lupe oder Brennglas – unabhängig vom gewählten Bild beeinträchtigen die längst bekannten Baustellen im Bildungsbereich in der Corona-Pandemie die Handlungsmöglichkeiten der Schulen erheblich: Lehrermangel und Schüleranstieg; fehlende und sanierungsbedürftige Schulgebäude; Digitalisierung durch den Mangel in der technischen Ausstattung und das Fehlen medienpädagogischer und mediendidaktischer Kompetenzen und Konzepte; nicht gefestigte Inklusion, wodurch Kinder wieder mehr ausgrenzt werden; bildungsungerechte Strukturen; unzureichende Entwicklung von Ganztagsangeboten und fehlende Unterstützungssysteme in und für die Schulen.

Es hat Lehrerinnen und Lehrer ermutigt, dass Eltern und Öffentlichkeit jetzt deutlich wahrgenommen haben, welche Leistungen von Schulen erbracht werden. Insbesondere hat sich die Erkenntnis verbreitet, dass zum Lernen Motivation und pädagogische Anregungen erforderlich sind, und dass Lernen zu Hause nicht gleichzusetzen ist mit dem professionell begleiteten Lernen in Schulen.

Irritierend ist, wenn Lehrkräfte dafür verantwortlich gemacht werden, dass es mit der Digitalisierung nicht so reibungslos klappt, wie es sich die Öffentlichkeit und manche Experten vorstellen. Die Verantwortung für eine mangelnde Vorbereitung digitalgestützter Lernangebote auf die Schulen zu schieben geht an den tatsächlichen Ursachen vorbei. Die Verantwortung dafür liegt, genau wie für den Mangel an Personal und Räumen sowie unzureichenden und unhygienischen Sanitäreinrichtungen, bei der Politik.

Schulen haben komplexe Strukturen, die stabil und verlässlich sind, und weniger auf flexible und wechselnde Organisationskonzepte ausgerichtet. Die damit gegebene Sicherheit für Eltern und Kinder, die öffentliche Verwaltung und letztendlich die Gesellschaft, musste in den vergangenen Wochen den Erfordernissen des Gesundheitsschutzes in der Pandemiesituation untergeordnet werden. Vielen Grundschulen ist es gelungen, mit mehrfach angepassten Organisationskonzepten kreativ zu reagieren. Die Corona-Pandemie hat bislang vertrauten Abläufen den Boden entzogen und viel Unsicherheit geschaffen: Schulleben, Unterrichtsgestaltung, Kommunikation, Teamarbeit, alles musste neu und neu digital gedacht werden, um Unterricht auf Distanz zu ermöglichen und Kontakte zu den Kindern zu halten. Gesundheitsschutz – davor selten ein Thema in Schulen – war zu beachten und Gesundheitserziehung erhielt eine neue Bedeutung. Schulische Konzepte für Lehren und Lernen sowie für Hygiene waren mehrfach anzupassen und flexibel auf veränderte politische Vorgaben auszurichten. Wer hatte bis dahin die parallele Gestaltung von Präsenzunterricht und Unterricht auf Distanz umsetzen müssen oder die Übermittlung von Aufgaben und Aufgabenstellungen ohne direkten Kontakt und Austausch? Schule auf Distanz – was bedeutet dies für Inklusion und für alle Kinder, die deutlicher auf individuelle Unterstützung angewiesen sind?

Vorstand

Maresi Lassek • *Vorsitzende*

Prof'in Dr. Erika Brinkmann • *Stellvertreterin*

Ulrich Hecker • *Stellvertreter*

Weitere Vorstandsmitglieder

Marion Gutzmann

Andrea Keyser

Gabriele Klenk

Fachreferentinnen und Fachreferenten

Prof'in Dr. Ursula Carle *Grundschulforschung*

Prof'in Dr. Frauke Hildebrandt *Sozialpädagogik*

Prof. Dr. Thomas Irion *Medienbildung*

Prof'in Dr. Kerstin Merz-Atalik *Inklusive Bildung*

Prof. Dr. Markus Peschel *Lernkulturen*

Prof. Dr. Jörg Ramseger *Schulische Qualitätsentwicklung*

Michael Töpler *Eltern und Schule*

Die Stolperstellen waren schnell offensichtlich: Die Überforderung von Eltern; Probleme bei den Kontakten zu und mit Kindern aus belasteten Familien; monotones Abarbeiten von Arbeitsblättern; Motivationshemmnisse, wenn die pädagogische Unterstützung, die Gemeinsamkeit mit Gleichaltrigen und Beziehungen wegbrechen und der Lern- und Lebensraum Schule als Gemeinschaftserleben wegfällt. Viele Pädagoginnen und Pädagogen schafften es mit kreativen Ideen und mit Zeit- und Organisationsaufwand, sich auf alternativen Wegen mit den Kindern auszutauschen, Fragen zu klären und Rückmeldung zu geben. Aber auch wenn es Schulen unter den gegebenen Bedingungen gelang, über Videokonferenzen, digitale Kollaborationstools und mit viel Einsatz und selbst erworbenen Kompetenzen das Miteinander aufrecht zu erhalten, darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, wie mangelhaft im Bereich digitale Medien die Voraussetzungen an den meisten (Grund-)Schulen sind. Die Übertragung von Landeslösungen für weiterführende Schulen ohne vorherige Anpassung an die spezifischen Bedürfnisse der Grundschule und vor allem der Grundschulkinde r hilft den Grundschulen hier wenig. Für eine flächendeckende Versorgung gerade sozial benachteiligter Kinder brauchen Grundschulen grundschulgerechte Ausstattungs- und Unterstützungsprogramme auf Landesebene. Dies beinhaltet die Förderung von medienpädagogischen Kompetenzen bei Lehrkräften und die Entwicklung grundschulgerechter Lernplattformen und Videokonferenzsysteme, die von Kindern auch genutzt werden können, wenn keine Vorort-Hilfe durch Lehrkräfte verfügbar ist.

Der Wiedereinstieg liegt in politischer Verantwortung

Lehrerinnen und Lehrer arbeiten in einem systemrelevanten Bereich des öffentlichen Lebens, können insbesondere in der Grundschule körperliche Nähe nicht oder kaum vermeiden und sind im Gegenteil immer wieder auf diese angewiesen, haben eine Vielzahl von Kontakten und müssen daher angemessene Schutzmaßnahmen erhalten. Dass sich ihr Lehr- und Bildungsauftrag nicht auf die Eltern übertragen lässt, hat die Schulschließungszeit bewiesen. Gestiegen ist der damit einhergehende gesellschaftliche Druck auf die Wiederöffnung der Grundschulen und Kitas, der zu Wiedereinstiegsentscheidungen noch vor den Sommerferien ermutigt hat. Begründet mit regionalen und bundeslandabhängigen Entwicklungen der Infektionslage und gestützt auf die Annahme, dass für Kinder weniger Ansteckungsgefahr besteht, wurde der Unterricht in Klassenverbänden wieder aufgenommen. Damit sind die Gefahren für die Erwachsenen in den Schulen nicht beseitigt und auch nicht die Frage geklärt, welchen Schutz Lehrkräfte und andere Erwachsene an Schulen benötigen. Nach Einschätzung von Experten ist die Gefährdung der Erwachsenen deutlich höher als die der Kinder.

Die unterschiedlichen Vorgehensweisen der Bundesländer haben zusätzliche Verunsicherung ausgelöst, denn Gesundheitsschutz muss unabhängig vom Bundesland für alle Schulen in Deutschland gleichermaßen gegeben sein.

Der Grundschulverband fordert daher,

für die Schulen verlässliche Planungsgrundlagen und Sicherheitsregelungen zur Vorbereitung des neuen Schuljahres: transparent kommunizierte und abgestimmte Öffnungsstrategien, Hygienebestimmungen und Notfallpläne, die den Schulen mehr Handlungssicherheit im Infektionsgeschehen für den Beginn des Schuljahres 2020/21 geben.

Schulleitungen brauchen für eine Planung, die unterschiedliche Szenarien abbilden muss, ausreichend Zeit. Dass die rasant wachsenden Lockerungen im öffentlichen Leben das Infektionsgeschehen befeuern, zeigt sich bereits jetzt. Umso verantwortungsvoller müssen die Schulen vorbereitet sein.

Politik muss klarstellen,

- dass es im neuen Schuljahr keinen Regelbetrieb wie vor der Pandemie geben wird, sondern einen der Pandemie angepassten Schulbetrieb, der je nach Lage kurzfristig umorganisiert werden muss.
- dass sich Eltern und Schulen weiterhin auf Unterrichtseinschränkungen einstellen müssen, weil bis zu 20 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer zur Risikogruppe zählen und für den Präsenzunterricht mit Kindern ausfallen könnten.
- dass Gefährdungen nicht auszuschließen, ja zu erwarten sind.

Politik wäre gut beraten,

- die Aufnahme des Unterrichts in Klassenstärke mit einem partiellen Aussetzen der Teilnahmepflicht am Präsenzunterricht zu verbinden, damit Eltern von Risikokindern die Entscheidung darüber freigestellt ist.
- eine Verständigung der Bundesländer über vergleichbare Hygieneregeln herbeizuführen.
- Notfallpläne für das Handeln in Infektionsfällen zu erarbeiten, die den Schulen Sicherheit und Verbindlichkeit geben, sowie die Regelung der Kontaktverfolgung und Zuständigkeiten transparent machen.
- grundschulgerechte digitale Lernplattformen und Kommunikationssysteme zu entwickeln, die es erlauben, Kinder auch in Krisensituationen zu begleiten. Dabei ist darauf zu achten, dass die Kinder mit diesen Systemen auch mit anderen Kindern der Klasse in Kontakt bleiben können.
- bundeslandübergreifende Regelungen zum Nachweis der individuellen Risikolage für Bedienstete und Kinder festzulegen.
- vergleichbare Bildungs- und Betreuungsangebote bundesweit sicherzustellen und die Ganztagsentwicklung voranzubringen.
- Sommerferienangebote besonders für benachteiligte Kinder anzubieten, die über Bewegungs-, künstlerische und theaterpädagogische Angebote Sprache, Ausdrucks- und Gestaltungsmöglichkeiten fördern.
- Lernangebote zu organisieren, die Kindern und Jugendlichen Gelegenheit geben, Lernlücken (und das unabhängig von der Corona-Pandemie) freiwillig zu bearbeiten.
- klarzustellen, dass pandemiebedingte Lernlücken selbstverständlich nach den Ferien in der Schule bearbeitet werden und keinen Einfluss auf Versetzungen, Zeugnisse oder Noten haben.

Politik muss sich um die Einbindung von zusätzlichem Personal kümmern, wie

- geeignete Personen (z.B. Lehramtsstudierende) für individuelle Lernbegleitung,
- Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger mit einer Fortbildung zum Einsatz im Präsenzunterricht und im Unterricht unter Pandemiebedingungen,
- Übungsleiter aus dem Sportbereich, Kulturschaffende, Musiker, die das Betreuungsangebot erweitern und Gruppenangebote gestalten können,
- die Erweiterung der Möglichkeiten in Schulen ein freiwilliges soziales Jahr zu absolvieren.

Geklärt werden müssen Fragen zur Sicherung eines allseitigen Bildungsanspruchs und zur Leistbarkeit der Inhalte:

- Die Inhalte der Lehrpläne sollten mit dem Schwerpunkt auf exemplarischem Lernen auf Reduzierungsmöglichkeiten überprüft werden (quantitativ), um damit der Qualität des Lernens Raum zu geben.
- Unumgängliche Stundenkürzungen dürfen nicht ausschließlich zulasten des Musik-, Kunst- und Bewegungsbereichs vorgenommen werden.

- Die individuelle Lernausgangslage des Kindes muss die Basis für seine nächsten Lernschritte sein.
- Über eine Feedback-Kultur müssen die Kinder in die Information über ihren Lernstand aktiv einbezogen werden.

(siehe dazu: Stellungnahme der Expert_innenkommission der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, Mai 2020)

Die Phase des Distanzunterrichts hat, wie die Phase des Wiedereinstiegs mit Gruppenunterricht, erhebliche Einschränkungen in der Kontakt- und Beziehungsgestaltung verlangt. Deutlich geworden ist die entscheidende Frage, wie guter Unterricht auch unter Kontakt einschränkenden Bedingungen gelingen kann, wie sich Team- und Gruppenarbeit organisieren lassen und Projektarbeit umgesetzt werden kann, wenn Kinder sich bei der Arbeit nicht zu nahe kommen dürfen. Dass das Abarbeiten von Arbeitsblättern oder das Weiterarbeiten in Arbeitsheften und Büchern die Lernzugänge der Kinder drastisch reduziert, wurde offensichtlich. Dass es auf Dauer nicht lernförderlich wirkt, wenn Austausch, Ergebnisbesprechung und Rückmeldungen fehlen, hat sich erwiesen. Die Lehrkräfte werden sich im neuen Schuljahr damit auseinandersetzen müssen.

Schulleitungen und Kollegien erwartet weiterhin ein erhebliches Pensum an Planungsaufgaben, die Notwendigkeit, flexibel auf Veränderungen zu reagieren und im Blick zu haben, dass eine zukunftsfähige (Grund-) Schule anregungsreiche Lernumgebungen, ein allseitiges Bildungsangebot und eine qualitätsvolle Personalausstattung braucht.

Es kann nicht das Ziel sein, nach dem Ende der Corona-Pandemie zum „Davor“ zurückzukehren: In dieser Phase haben sich Schwachpunkte des Schulsystems offenbart, die sich nicht nur durch Digitalisierung beseitigen lassen. Vielmehr muss es darum gehen, zur Verbesserung des „Danach“ weitere der genannten Schritte in die Wege zu leiten.

Frankfurt am Main, 29. Juni 2020